

Verschiedene Themen und unterschiedliche Standpunkte prägten die Oktober Grossrat Session 2025

In ihrer Eröffnungsansprache betonte Standespräsidentin Valérie Favre Accola die Kraft und den Mehrwert von Brauchtum und Sport, aber auch den Wert der vielen Vereine, die in vielerlei Hinsicht wichtige Basisarbeit leisten und so viel zum Wohlergehen unserer Gesellschaft beitragen und insbesondere auch Jugendliche fördern.

Traktandiert war in der Oktobersession die Teilrevision des Polizeigesetzes des Kantons Graubünden Teil 2. Der Präsident der vorberatenden Kommission, Bruno Claus umschrieb in der Eintretensdebatte die Inhalte und den Grund für die Teilrevision. Er betonte auch, dass es durch diese Teilrevision zu keinen finanziellen Mehrbelastungen für Gemeinden und Regionen kommen werde. Kern der Teilrevision war die automatisierte Fahrzeugfahndung, präventive Überwachungsmaßnahmen sowie die Integration der Empfehlungen der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter. Diese Anpassungen wurden auch nötig aufgrund von Bundesgerichtsurteilen. Ein wichtiges und zentrales Anliegen im Grossen Rat war auch der Daten- und Persönlichkeitsschutz im Rahmen des Polizeigesetzes. Das teilrevidierte Polizeigesetz wurde im Rat mit grossem Mehr und einer Enthaltung angenommen.

Ein weiteres Geschäft war die Aufhebung der Vollzugsverordnung für explosionsgefährliche Stoffe. Der Grund für diese Aufhebung liegt darin, dass der Umgang mit explosionsartigen Stoffen heute beim Bund geregelt ist.

Eine weitere Teilrevision eines kantonalen Gesetzes war die Förderung der Krankenpflege und der Betreuung von betagten und pflegebedürftigen Personen (Krankenpflegegesetz KPG). Jan Koch führte aus, dass die Wirkung bei dieser Gesetzesrevision im Ziel nicht ausgewiesen sei und zu Fehlanreizen und Missbrauch führen könnte. Er verlangte eine Rückweisung an die Regierung. Auch die Kosten wurden thematisiert. Diese Gesetzesrevision würde zu jährlich neuen Kosten von 2,4 Millionen Franken führen. Die Befürworter argumentierten, dass es eine Notwendigkeit sei, eine finanzielle Abgeltung für betreuende Personen zu sprechen. In der Schlussabstimmung fand diese Gesetzesvorlage eine Mehrheit.

Am zweiten Sessionstag stand der Zusatzkredit zum Rahmenverpflichtungskredit zur Förderung von systemrelevanten Infrastrukturen zur Debatte. Dieser Zusatzkredit liegt bei 35 Mio. Franken. Ein namhafter Teil dieser finanziellen Mittel kommt touristischen Projekten zu Gute, die auch volkswirtschaftlich einen Mehrwert darstellen. Vor allem aber profitieren auch unsere vielen Täler von dieser Massnahme. In der Argumentation wurde auch die hohe Bedeutung des Tourismus für unseren Kanton mehrfach hervorgehoben. Dem Zusatzkredit wurde zugestimmt und so ein wichtiges Zukunftssignal in die Regionen gesendet.

Trotz Widerstand der Regierung wurde der Auftrag von Felix Schutz, der eine frühzeitige Öffnung der Wintersperre für den Albulapass verlangte, vom Parlament mit einer Mehrheit überwiesen.

Grossrat Martin Sgier stellte in der Fragestunde die Frage betreffend Erstellung von Gefahrenkarten (Naturgefahren). Die Eingangsfrage lautete: Wenn sich Bauland in der roten Zone GZ1 befindet, zählt diese Fläche weiterhin zur Bauzone oder wird diese aus der Bauzone entlassen? Regierungsrätin Maissen führte aus, dass diese Fläche bei einer nächsten Ortsplanrevision aus der Bauzone entlassen werde.

Grossrat Stefan Metzger nutzte die Fragestunde, um zu fragen, welche Haltung die Regierung einnehme bezüglich dem Ständemehr bei einer allfälligen Abstimmung über die Verträge mit der EU. Die Regierung führte aus, dass sie sich nicht für ein Ständemehr aussprechen werde.

Grossrätin Julia Müller fragte, welche Steuerausfälle bei einer Annahme der Individualbesteuerung resultieren würden. Regierungsrat Bühler führte aus, dass es zu einem Ausfall von ca. 3 Mio. Franken kommen würde.

Auch zwei Ersatzwahlen standen in dieser Session für den Rest der Legislaturperiode an. In die Kommission für Kultur und Bildung wurde Irina Cola gewählt und in die GPK Tino Schneider.

Am Mittwoch, 22. Oktober wurde die Session durch die Landespräsidentin abgeschlossen. Wie immer im 120-köpfigen Grossen Rat des Kantons Graubünden fanden auch in der Oktobersession viele interessante und spannende Diskussionen und Debatten statt und neue Anfragen und Aufträge wurden eingereicht. Diese werden sicher viele politische Diskussionen auslösen.

Grossrat

Thomas Roffler